

Grünpol

Trinkwasser-Initiativen erfolgreich eingereicht



Die Fässer symbolisieren den Chemiemüll, welche die Vorgängerfirmen von Novartis, Syngenta, Roche, Clariant und Ciba in den 1940er und 50er Jahren in drei Muttener Chemiemülldeponien verlockten.

Am 27. Februar reichten die Grünen Baselland mit einer Aktion vor dem Regierungsgebäude zwei Volksinitiativen ein. Die Initiativen fordern: „Totalisierung der Chemiemülldeponien in Muttens“ und „Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen“. Beide Initiativen wurden von rund 4'000 Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet.

Der in Muttens abgelagerte Chemiemüll verseucht das Grundwasser um die Deponien herum derart stark, dass die Grundwassergrenzwerte zum Teil deut-

lich überschritten sind; so zum Beispiel der Grenzwert für „Perethylen“. Das mit Chemikalien belastete Grundwasser dringt in die Hard hinein und kontaminiert das Trinkwasser der Hardwasser AG. Deshalb ist in den Langen Erlen im März ein Aktivkohlefilter in Betrieb genommen worden, der jedoch aus Kapazitätsgründen nur einen Teil des Hardwassers reinigen kann. Wir trinken also noch immer belastetes Wasser.

Bei regelmässigem Genuss des Trinkwassers über längere Zeit kann nach wie vor eine gesundheitliche Gefährdung nicht ausgeschlossen werden, zu-

mal rund die Hälfte der im Trinkwasser gefundenen Chemikalien unbekannte Substanzen sind. Über die Toxizität dieser Substanzen kann nichts ausgesagt werden. Ebenso weiss man praktisch nichts darüber, wie das im Trinkwasser

Abstimmungsparolen 1. Juni 2008

Eidgenössische Vorlagen

NEIN zur Volksinitiative vom 18. November 2005 „für demokratische Einbürgerungen“

NEIN zur Volksinitiative vom 11. August 2004 „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“

NEIN zum Verfassungsartikel vom 21. Dezember 2007 „für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“

Kantonale Vorlage

JA zur Teilrevision vom 24. Januar 2008 des Gesetzes über die Verfassungs- und Verwaltungsprozessordnung

NEIN zur formulierten Gesetzesinitiative vom 15. Januar 2007 für die Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau

vorhandene Giftgemisch von mindestens 90 Chemikalien auf Mensch und Umwelt wirkt.

Die Grünen Baselland haben auf diese Verunreinigungen im Trinkwasser und das latente Gesundheitsrisiko rasch reagiert: Innerhalb von sechs Wochen sammelten wir die beiden Initiativen, welche die Sanierung der Chemiemülldeponien fordern und die Chemiefirmen zur Verantwortung ziehen. Zahlreiche Organisationen haben uns dabei tatkräftig unterstützt. Bei Unterschriftensammelständen sind die Leute teilweise sogar angestanden und nahezu alle Angefragten haben auch unterschrieben.

Es ist offensichtlich: Dieses Thema bewegt die Menschen.

Nun müssen die Regierung, die Hardwasser AG und die betreffenden Chemiefirmen ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass die grösste Gefahr für unser Trinkwasser, die drei Chemiemülldeponien in Muttenz, rasch und vollständig behoben wird.

Ein breites überparteiliches Komitee mit 14 Organisationen und rund 60 Einzelpersonen unterstützen die beiden Initiativen, welche in zirka zwei Jahren zur Abstimmung kommen.

Jürg Wiedemann, Landrat Birsfelden

Wir sind auf Ihre Hilfe angewiesen

Die beiden Initiativen werden voraussichtlich in zirka zwei Jahren zur Abstimmung kommen. Wir beginnen bereits heute mit der Kampagnenarbeit und bilden ein breites, überparteiliches Komitee. Treten auch Sie diesem Unterstützungskomitee bei oder finanzieren Sie unsere Initiativen mit einer einmaligen oder monatlich wiederkehrenden Spende. Wir freuen uns, wenn Sie beiliegende Karte ausfüllen und zurücksenden. Herzlichen Dank!

Nein zur Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“

Die Volksinitiative „für demokratische Einbürgerungen“ verlangt eine Ergänzung des Art. 38 der Bundesverfassung, nach dem bei Einbürgerungen das Gemeindebürgerrecht endgültig von einem Organ gefällt werde, das die Gemeinde frei bestimmen könne. „Weltfremde Gerichte und irgendwelche Verwaltungsinstanzen“ sollten gegen solche direktdemokratischen Entscheide

nicht mehr einschreiten dürfen. Damit aber widerspricht die SVP-Initiative sowohl dem Prinzip der Gewaltentrennung wie auch internationalem Recht. Im Übrigen dient die SVP-Initiative hauptsächlich dem Ziel, polemisch behauptete „Masseneinbürgerungen“ zu stoppen und Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz auszugrenzen. In der Abstimmungspropaganda suggeriert

die SVP Einbürgerungsquoten, die „belegen“ sollen, dass in Europa die Schweiz die Spitzenposition einnehme. In Wirklichkeit sind die Quoten von sieben EU-Staaten höher als die der Schweiz. Die Grünen Baselland sagen entschieden Nein zu dieser Vorlage.

Kaspar Birkhäuser, Landrat Binningen

Nein zur Initiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“

Die Initiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“, auch „Maulkorbinitiative“ genannt, wurde vom politisch rechts stehenden Verein „Bürger für Bürger“ lanciert. Ihr Ziel ist es, mit einer Ergänzung des Art. 34 der Bundesverfassung die aktive Teilnahme von Bundesrat und Verwaltung an Volksabstimmungen zu unterbinden. Zugelassen werden solle

jeweils nur noch eine einmalige, kurze Stellungnahme des/der zuständigen Departementsvorstehers/-vorsteherin. Wenn ein Missbehagen über zu starke Einmischungen der Landesregierung in Abstimmungskämpfe auch verständlich ist, so ist es übertrieben, dem Bundesrat ein Sprechverbot aufzuerlegen. Deshalb lehnte das Parlament die Initiative letzten Dezember auch ab (mit befür-

wortenden Stimmen allein der SVP). Die Grünen Baselland finden, dass die StimmbürgerInnen das Recht haben, über die Haltung des Bundesrates jederzeit und aus erster Hand informiert zu werden. Deshalb empfehlen wir zur Initiative ein Nein.

Kaspar Birkhäuser, Landrat Binningen

Nein zur Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung BL



Denn der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung ist noch lange nicht erfüllt. Er beinhaltet nicht nur die Gleichberechtigung, sondern die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann. Und davon sind wir weit entfernt. Gleichstellung ist leider noch lange keine Selbstverständlichkeit, wie folgende Beispiele zeigen:

- Die meisten Mütter in Baselland sind heute erwerbstätig. Beruf und Familie

zu vereinbaren ist auch ein Anliegen von immer mehr Vätern. Unternehmen entdecken den Nutzen familienfreundlicher Massnahmen. Dennoch ist der Weg zu einer echten Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer noch weit.

- Frauen sind – trotz Fortschritten – in der kantonalen und kommunalen Politik noch stark untervertreten. Aktuell sind im Landrat 36% der Mitglieder

Frauen, in den Gemeinderäten 29%.

- In Führungspositionen in der Wirtschaft (CH: 11%) und der Verwaltung (BL: 26%) sind Frauen nach wie vor in der Minderheit.
- Bei der Berufswahl (rund 250 Lehrberufe) wählt die Mehrheit der Mädchen aus 10 Berufen aus. Ihre Berufswahl ist viel eingeschränkter als diejenige der Jungen.
- Frauen verdienen heute im Durchschnitt immer noch deutlich weniger als Männer. Die Lohnschere öffnet sich bereits beim Berufseinstieg: Nach Lehrabschluss verdienen junge Frauen im Schnitt 400 Franken weniger als ihre Altersgenossen. Der Verfassungsauftrag «gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit» ist nicht erfüllt.

Wir brauchen daher die Fachstelle für Gleichstellung BL dringend. Sie arbeitet kompetent, effizient und zukunftsorientiert an Themen, die uns alle ein Leben lang begleiten. Die Grünen empfehlen deshalb ein klares Nein zur Abschaffung!

Maya Graf, Nationalrätin Sissach

Nein zum Diktat der Krankenkassen

Der neue Verfassungsartikel über die Krankenversicherung ist der Gegenvorschlag zur Prämiensenkungsinitiative der SVP. Damit diese chancenlose Abbauvorlage zurückgezogen werden konnte, haben die bürgerlichen Parteien unsorgfältig und in Eile einen Gegenvorschlag gezimmert, der voller Tücken ist. Mehrere „Kann-Formulierungen“ öffnen Tür und Tor für die Abschaffung

der freien Arztwahl und den Abbau von Leistungen bei Unfall und bei der Pflege. Massiv gestärkt werden dagegen die Krankenkassen. Sie sollen zur einzigen Zahlungsstelle werden. Kantone und Gemeinden hätten zur Verwendung ihrer Beiträge von rund 8 Milliarden Franken nichts mehr zu sagen. Unter dem Stichwort von mehr Wettbewerb soll eine Vorlage verkauft werden, die patienten-

feindlich ist, unnötig und sich der demokratischen Kontrolle entzieht. Nein sagen daher nicht nur die Grünen, sondern auch die Kantone, die Ärztevereinigung, die Pflegeverbände und die Patientengruppen.

Maya Graf, Nationalrätin Sissach

Grenzenlos engagiert



Das „junge grüne bündnis nordwest (jgb)“ bündelt die jungen und grünen Kräfte der Nordwestschweiz.

Die Nationalratswahlen waren für die Jungparteien der Grünen in der Region Basel ein grosser Erfolg. Mit Stimmenanteilen von 1.1% in Baselland und

1.8% in Basel-Stadt stellten die „Supergrünen“ und das „Junge Grüne Bündnis“ alle anderen Jungparteien in den Schatten. Jetzt packen wir unsere politischen Anliegen gemeinsam an. Darum haben wir uns im November 2007 zum „junges grüne bündnis nordwest (jgb)“ zusammengeschlossen.

Gemeinsam wollen wir Positionen erarbeiten und Partei ergreifen! Zum Beispiel, wenn es um die Umwelt und Anliegen junger Menschen geht. Für kantonale Wahlen und Abstimmungen gibt es die Jungen Grünen BL („Supergrüne“) und das Junge Grüne Bündnis BS („Grüne und BastA“) als Untergruppen weiterhin.

Das jgb übernimmt bereits politische Verantwortung in den Kantonsparlamenten: Mit Loretta Müller, Mirjam Ballmer und Sibel Arslan stellt das jgb in Basel-Stadt bereits drei Grossrätinnen, in Basel-Land sitzt für uns Simon Trinkler im Landrat. Mit Erfolg: So hat der Grosse Rat kürzlich eine Motion von Loretta

Müller angenommen, die das Stimmrechtsalter 16 verlangt.

In diesem Jahr sind die Basler Grossratswahlen unser grösstes Projekt – über 20 junge Frauen und Männer aus dem jgb kandidieren für den Grossen Rat. Die Wahlkampf vorbereitungen sind schon in vollem Gange. Sicher ist jetzt schon: Das jgb wird mit unkonventionellen, frischen Aktionen von sich reden machen. Auch auf nationaler Ebene sind wir aktiv – und sammeln regelmässig Unterschriften für die Stopp-Offroad-Initiative der Jungen Grünen. Mit einer medienwirksamen Aktion machten wir zum Beispiel am 1. April auf die Problematik aufmerksam: In Basel klemmten wir Offroadern „Verwarnungen“ wegen klimaschädigendem und gefährlichem Verhalten unter die Scheibenwischer. Mehr über uns findet sich im Internet unter www.jungesgruenesbueundnis.ch

Jan Schudel, Medienverantwortlicher jgb

Landschaftsinitiative – höchste Zeit für eine starke Raumplanung

Die Schweiz wird zugebaut. Ein Quadratmeter Grünfläche pro Sekunde – täglich rund 10 Fussballfelder – verschwindet unter Strassen, Einkaufszentren, Parkplätzen und Häusern. Am sichtbarsten ist die Zersiedelung im Mittelland, das schrittweise zu einem Siedlungsbrei zusammenwächst. Doch auch im Baselbiet (Birs-, Birsig- und Ergolzthal) verschwinden vielfältige Landschaften, Naturräume für Pflanzen und Tiere sowie wertvolles Kulturland unwiderruflich.

Die eidgenössische Volksinitiative

„Raum für Mensch und Natur“ (Landschaftsinitiative) möchte dieser Entwicklung mit einer klaren und vernünftigen Raumplanung Einhalt gebieten. Sie verlangt, dass Bund und Kantone gemeinsam für einen haushälterischen Umgang mit dem Boden sorgen müssen. Dass Bau- und Nichtbaugelände getrennt und Kulturland für die Landwirtschaft geschützt wird. Dass eine hochwertige Entwicklung in den Siedlungen angegangen wird und dass das Baugebiet während 20 Jahren nicht vergrössert werden darf.

Alle Umweltorganisationen sowie ParlamentarierInnen der Grünen, SP und EVP sind im Trägerverein „Ja zur Landschaftsinitiative“ aktiv. Nun gilt es, mit einem Endspurt die Initiative fertig zu sammeln. Unterschreiben Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen und senden Sie ihn sofort ein. Es ist höchste Zeit, denn unser Boden vermehrt sich nicht!

Maya Graf, Nationalrätin Sissach